Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unс. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 85. Mittwoch den 26. März 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Pflasterung wird
die **Wilhelmstraße**
im **Stadtbezirke Leipzig-Anger-Crottendorf**
von **Donnerstag**, den **27. d. M.** ab
bis zur Beendigung der Arbeiten
für den **gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 25. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 1749. Dr. Trändlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 8000 qm bossirten Pflastersteine I. Cl.
sowie „ 2000 „ „ „ II. „
soll an einen oder mehrere Lieferanten vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Lieferung bossirter Pflastersteine"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 10. April 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, den 24. März 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Versteigerung.

Freitag, den 28. März, Vorm. 9 Uhr, werden im Postgebäude am Augustusplatz (Eingang Poststraße 3 Treppen links) verschiedene aus unbestellbaren Postsendungen entnommene, sowie im Postverkehr u. s. w. aufgefundene Gegenstände, u. A. **alte Kleidungsstücke, Regenschirme, Spazierstöcke, Glückwunschkarten, 2 goldene Tuchnadeln, 1 goldener Ring** u. s. w., gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert. Auch kommen einige bei Postanstalten aufgenommene Gegenstände, als: **Briefe und Packetwaagen, Federtaschen, Bleigewichte, Typen** u. s. w. mit zum Verkauf.

Leipzig, 23. März 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Nachdem die Wochen-Ortskranken-Unterstützungscasse in Leipzig (s. O. Nr. 155) am 16. Februar d. J. 90 ihrer Auflösung beschlossen hat, nimmt die unterzeichnete Kasse Veranlassung, die Herren Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß versicherungspflichtige Mitglieder dieser Casse nach der Vorschrift des Kranken-Versicherungs-Gesetzes binnen 3 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, mittelst des vorgeschriebenen Formulars zur Anmeldung zu bringen sind.

Bei Nichterhaltung dieser Meldefrist treten die Nachtheile der §§. 50 und 81 des angezogenen Gesetzes in Kraft.

Leipzig, den 24. März 1890.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender. S.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 30. März d. J., Nachmittags 3 Uhr soll die **Fischnutzung** des großen Gemeindeteiches zu **Seehausen** im hiesigen Gasthofe öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Bedingungen werden vor dem Termin bekannt gegeben.

Seehausen, den 22. März 1890. **Der Gemeindevorstand.**
S. Teuscher.

Bekanntmachung.

Die im Grundbuche von Zeitz Band XX, Blatt 871, Titelblatt A Nr. 1 auf den Namen der Handlung **Gebrüder Uffelt** in Zeitz eingetragene, in Zeitz belegene, mit 2827 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagte **Haus- und Fabrikbesitzung**, Baßervorstadt Nr. 2, soll zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Miteigenthümern

am 17. April 1890, Vormittags 10 Uhr.

vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 2, zwangsweise versteigert werden.

Zeitz, den 21. März 1890.

Königliches Amtsgericht I.

Zum Rücktritt des Fürsten Bismarck.

* Die „Weimarische Zeitung" ist in der Lage, den Wortlaut eines Telegrammes mittheilen zu können, welches der Kaiser an eine ihm besonders ergebene Persönlichkeit gerichtet hat. Der Empfänger hat dasselbe dem genannten Blatte zur Veröffentlichung mitgetheilt, weil es einen Blick in das Denken und Empfinden des jungen Monarchen während der Kanzler-Krisis gestattet:

„Besten Dank für Ihren freundlichen Brief. Ich habe in der That bittere Erfahrungen und sehr schmerzliche Stunden durchgemacht. Mir ist so weh ums Herz, als hätte Ich Meinen Großvater noch einmal verloren! Es ist Mir aber von Gott einmal so bestimmt; alle habe Ich es zu tragen, wenn Ich auch darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Officiers auf dem Staatsschiff ist Mir zugefallen. Der Cours bleibt der alte, und nun „voll Dampf voraus"!

Wilhelm I. R."

Das weimarische Blatt bemerkt dazu:

Dies höchst charakteristische Telegramm des Kaisers bestätigt, was wir in dem Verlauf der Krisis der letzten Woche mehrfach gesagt haben, daß die Trennung von dem Fürsten Bismarck dem Herzen des Kaisers unendlich schwer gefallen ist. „Mir ist so weh ums Herz, als hätte ich Meinen Großvater noch einmal verloren" — einfacher und ergreifender kann die Empfindung, die den Kaiser erfüllte, nicht wiedergegeben werden als in diesen Worte, das er am Geburtstag seines Großvaters geschrieben hat, an einem Tage, an dem seine Seele sicherlich aufs Innigste versenkt war in die ihm so heilige Erinnerung an die erhabene Gestalt Wilhelm's I., in dem er das Vorbild für sein Herrschermollen verehrt. Gerade die Tiefe des Schmerzes, den ihm die Trennung von dem ersten Rathgeber der Krone, der Wilhelm I., dem Kaiser Friedrich und ihm selbst zur Seite gestanden hat, bereitet, bezeugt zugleich den großen Ernst und das strenge Pflichtgefühl, die den Kaiser bei der Entschließung in einer für ihn so schmerzlichen Frage geleitet haben. Jedes Wort in jenem Telegramm bekundet in schöner Weise das starke ethische Moment in der Wesenheit des Kaisers, das ihn an Dem, was er als recht und nothwendig für die Erfüllung der ihm überkommenen Aufgaben erachtet, festhalten läßt, auch wenn das Herz in bitterem Schmerze zuckt. Mit dem Kaiser hat das deutsche Volk den tiefen Schmerz über die Trennung von dem ersten Kanzler des neuen Deutschen Reiches getheilt, aber wie Kaiser Wilhelm II., so darf auch die Nation von der menschlich so berechtigten Empfindung sich nicht beherrschen lassen, sondern muß mit Zusammenfassung ihrer ganzen sittlichen Kraft und in klarer Erfassung der Aufgaben, die die veränderten Verhältnisse unabweislich stellen, in die neue Zeit eintreten. Das große Beispiel, das der Kaiser Wilhelm aus giebt, erleichtert ihr diese Erfüllung ihrer Pflichten in schönster Weise. Die mit so tiefer religiöser Empfindung gepaarte Charakterstärke des jungen Monarchen, der ganz selbstlos nur das Gesammtwohl im Auge hat, muß das allgemeine Vertrauen ihm gewinnen und überall die feste Zuversicht erwecken, daß das Staatsschiff unter seiner Führung sicher die Fahrt zurücklegen wird, auch wenn Stürme wehen und die Wogen hoch gehen. Diese Zuversicht ist um so berechtigter, als nach seinen Worte „der Cours der alte", also denselben Zielen wie seither zugerichtet bleibt: der Behauptung der auf nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung beruhenden Größe des Vaterlandes.

* Zur schwebenden Krisis wird übereinstimmend aus Berlin gemeldet, daß auch das Entlassungsgesuch des Grafen Herbert Bismarck genehmigt worden sei. Unverbürgte Gerüchte wollen auch vom Rücktritt des Ministers von Bötticher wissen. Und auch Graf Wilhelm von Bismarck habe, so heißt es weiter, seine Entlassung als Regierungspräsident gegeben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bestätigt, daß Fürst Bismarck die Würde eines Herzogs von Lauenburg abzulehnen beabsichtigt.

Inzwischen ist den „Hamburger Nachrichten" zufolge in Hamburg ein Comité angesehener Männer zusammengetreten, um zur Veranstaltung eines großen Fackelzuges am 1. April nach Friedrichsruh aufzufordern. Die Ankunft des Fürsten Bismarck dort wird baldigst erwartet.

* Ueber den neuen Reichskanzler erhält die „Nationalzeitung" folgende Mittheilung: „Im Jahre 1878 befand sich Fürst Bismarck einmal auf der Rückreise von Friedrichsruh nach Berlin im Hamburger Zuge. Auf einer der Stationen stieg Herr v. Caprivi in den Zug ein, um ebenfalls nach Berlin zu fahren. Da er in der Umgebung des Kanzlers Bekannte sah, ließ er sich demselben vorstellen und blieb danach im Salonwagen des Fürsten Bismarck, mit dem er nun in lebhafte Unterhaltung gerieth. Mit Bezug auf diese Begegnung äußerte der Kanzler am Abend desselben Tages in Berlin zu einem Herrn seiner Umgebung: „Ich habe mir schon oft Gedanken darüber gemacht, wer wohl einmal mein Nachfolger werden dürfte. Heute habe ich ihn gesehen."

* Die „Deutsche St. Petersburger Zeitung" meint, ein sanfter Hauch des Friedens wehe in Deutschland augenblicklich durch zahlreiche Gemüther, und erinnert bei dieser Gelegenheit an folgende Aeußerung, welche Fürst Bismarck vor Jahren in einer seiner bedeutendsten Reichstagsreden gemacht hat: „Ich glaube, wir Alten haben uns gegenseitig so stark in Haß und Feindschaft hineingelebt, daß wir erst darüber hinwegsterben müssen, ehe diese üble Verbitterung schwindet. Die Jugend, der Nachwuchs, wird unsere zornige Gegnerschaft gar nicht verstehen und sich viel besser vertragen. In uns Alten frißt noch verjährter Groll, von dem die Jungen nichts verstehen und wissen wollen. Ich hoffe für die Zukunft des Reiches auf die nicht verbitterte Jugend, das kommende Geschlecht."

* Berlin, 25. März. Der für die Leitung des Auswärtigen genannte Gesandte in Brüssel, von Alvensleben, soll morgen oder übermorgen hier eintreffen.

Das Ministerium Freycinet vor der Kammer.

Erst seit der Abstimmung der französischen Abgeordnetenkammer über die Haltung der Regierung in der Frage des französisch-türkischen Handelsvertrages, welche am Montag stattfand, kann das Ministerium Freycinet vorläufig als gesichert betrachtet werden. Von den Erklärungen, welche der Minister des Auswärtigen Ribot bei diesem Anlaß abgab, machte diejenige den meisten Eindruck, welche sich auf die Behandlung der trockenen Rosinen bezog. Ribot schlug als Auskunftsmittel die Einführung einer Steuer auf die Fabrikation von Wein aus trockenen Rosinen vor, was beifällig aufgenommen wurde. Im Uebrigen hielt Ribot am Standpunct seines Vorgängers fest, daß man der Türkei bis zum Jahre 1892 die schuldige Rücksicht gewähren müsse, damit nicht die anderen Mächte aus einer gegentheiligen Politik Nutzen ziehen könnten. Der Kammer stehe es außerdem frei, zu beschließen, was ihr in dieser Angelegenheit gut scheine.

Aus diesem Sachverhalt geht unzweifelhaft hervor, daß die Frage des türkisch-französischen Handelsvertrages lediglich den Vorwand bildete, um das Ministerium Tirard zu stürzen, nachdem der Hauptvertreter desselben, Constans, schon vorher ausgeschieden war, um den Sturz des Cabinets zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Schnelligkeit, mit welcher Freycinet das neue Cabinet zu Stande brachte, erweckt den Verdacht, daß die Umgestaltung des Ministeriums von langer Hand vorbereitet war, und daß Tirard einfach in die ihm gestellte Falle gegangen ist, indem er die Behandlung der Türkei nach dem Muster der meistbegünstigten Nationen im Senat als den Interessen Frankreichs entsprechend erklärte. Der Streit über die Rosinen ist beigelegt und die Türkei wird als meistbegünstigte Nation behandelt, es ist also Alles beim Alten geblieben, nur das Ministerium hat gewechselt.

Der Leichtsinn, mit welchem die französischen Kammern Ministerwechsel behandeln, ist charakteristisch für die gegenwärtige Staatsform Frankreichs, welche weit davon entfernt ist, eine Republik im eigentlichen Sinne zu sein, sondern eine Oligarchie oder Cliquenherrschaft ist, wie sie Boulanger ganz richtig bezeichnet hat. Das war der gesunde Kern der boulangistischen Bewegung, daß sie sich gegen die Cliquenwirthschaft wendete, ungesund war dagegen die Absicht, an Stelle dieses Mißstandes die Dictatur zu setzen, und daran ist die Bewegung gescheitert, abgesehen von der Unwürdigkeit ihres Leiters. Die Opportunisten haben im Bunde mit den Radicalen den Sieg über den Boulangismus davongetragen, und jetzt theilen sich Beide in die Beute, welche in der Befestigung ihrer Herrschaft besteht.

Wie alle französischen Ministerien neueren Datums ist auch das Ministerium Freycinet bemüht, alle Republikaner um sich zu vereinigen, die große duldsame und friedliche Republik ist auch von ihm wieder als das Ziel seiner Bemühungen bezeichnet worden, aber mit der Erreichung dieses Zieles hat es seine bedeutenden Schwierigkeiten, weil die verschiedenen republikanischen Gruppen nur unter der Bedingung unter einen Hut zu bringen sind, daß ihnen Antheil an der Regierung gewährt wird. Daran ist aber unter den bestehenden Verhältnissen gar nicht zu denken, die äußerste Linke wird so lange außerhalb des Kreises der Regierungsmänner stehen, bis es ihr gelungen ist, das Heft in die Hände zu bekommen, wonach der Führer Clémenceau bekanntlich seit langer Zeit vergeblich strebt. Eine Rolle spielen kann die äußerste Linke heute nur, wenn sie sich mit der Rechten und den Boulangisten gegen die Regierung verbindet, das ist aber ein bedenkliches Spiel, weil dadurch der Beweis geführt wird, um was es dieser republikanischen Gruppe eigentlich zu thun ist. Heute sind Léon Say, Freycinet und ihr Anhang oben auf und sie werden gewiß nichts außer Acht lassen, um ihre Herrschaft zu behaupten, aber sie müssen stets darauf gefaßt sein, daß ihnen ihre Gegner ein Bein stellen.

Dieser fortwährende Kampf der Parteien in Frankreich ist der Sache des Friedens günstig, weil die Kämpfenden dadurch verhindert werden, die ganze Kraft des Landes in einem Punkte zusammen zu fassen, sie vergeuden ihre Kräfte in Kränkeln und in kleinlichen Eifersüchteleien statt sie dem Ganzen dienstbar zu machen, sie sind aber entschuldbar, weil keine Partei in dieser Beziehung vor der anderen etwas voraus hat. Welche klägliche Rolle hat z. B. die Rechte als Begünstigerin des Boulangismus gespielt! Sie wollten Alle, gleichviel ob Bonapartisten oder Orleanisten, Boulanger als Sturmbock benutzen, um, nachdem er Bresche gelegt, über ihn hinweg von dem erledigten Throne Frankreichs Besitz zu ergreifen. Inzwischen haben die Opportunisten und Radicalen die Zeit benutzt, um ihre Herrschaft aufs Neue zu befestigen, und lachen jetzt die von Boulanger im Stich gelassenen Anhänger der Monarchie aus.

Aber die Sache dieser ist auch noch keineswegs als verloren anzusehen, besonders seit der junge Herzog von Orleans in Clairvaux sitzt und während dieser Zeit der Gegenstand fortgesetzter Huldigungen der Orleanisten sein wird. Boulanger hatte gehofft, von dieser Wendung auch Nutzen für seine Person ziehen zu können, aber vergeblich, denn sein kleiner Stern ist und bleibt verblichen, während als neuer glänzender Stern am politischen Himmel Frankreichs der des Herzogs von Orleans aufgegangen ist. Das Ministerium Freycinet ist bemüht, die Aufmerksamkeit der Franzosen nach einer anderen Seite abzulenken und sie für die wirthschaftlichen und socialen Reformen zu gewinnen. Das sind zwar sehr wichtige und nützliche Dinge, aber für die große Mehrzahl der Franzosen viel zu trocken und langweilig, es sei denn, daß dadurch ihr Geldbeutel in Anspruch genommen wird, woran es natürlich nicht fehlen wird. Die Wirthschaftsreformen mit dem Schutz der nationalen Arbeit und der Landwirthschaft verbunden, zwar großen Interessenkreisen bedeutende Vortheile, aber dafür wird ihnen die Socialreform mit Alters- und Invaliden-Versorgungs-Gesetz nicht geringe Opfer auferlegen, zumal die Regierung auf die Pflicht einer Republik, das arbeitende Volk zu unterstützen, als eine unerläßliche hingewiesen hat. Das Programm des neuen Ministeriums ist so umfangreich, daß es auf die Aufzählung der einzelnen bevorstehenden Gesetzesvorlagen verzichtet hat, es will nach seinen Thaten beurtheilt sein. Die Kammern haben diese Erklärungen mit einer gewissen stillen Bewunderung entgegengenommen, vorläufig bestehen aber noch starke Zweifel, ob das Ministerium Freycinet Zeit und Gelegenheit zur Verwirklichung seines Programms finden wird. Für große organische Reformgesetze ist die französische Republik kein geeigneter Boden. Dazu gehört eine stetige, in sich einige Regierung, welche Frankreich seit dem 4. September 1870 noch nicht aufzuweisen hatte. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß dereinst einmal eine solche in Wirksamkeit tritt, vorläufig ist aber dazu wenig Aussicht vorhanden. *

Leipzig, 26. März.

* Der Bundesrath hat sich in einer im wärmsten sympathischen Tone gehaltenen Adresse von seinem bisherigen Vorsitzenden, dem Fürsten von Bismarck, verabschiedet. Die Adresse wurde am Sonntag von sämmtlichen Mitgliedern des Bundesraths unterzeichnet und am Montag dem Fürsten Bismarck zugestellt.

* Gegenüber einer Mittheilung der Berliner Presse, wonach Fürst Bismarck infolge einer Unpäßlichkeit nicht in der Lage gewesen sein sollte, den Prinzen von Wales zu empfangen, sei bemerkt, daß der Prinz und sein Sohn am Sonntag fast eine Stunde beim Fürsten Bismarck zum Besuche weilten.

* Wie die Münchner „Allgemeine Zeitung" meldet, hat Fürst Bismarck das an ihn ergangene Schreiben des Prinz-Regenten bereits mit wärmstem Danke erwidert.

* In den letzten Tagen haben in Berlin die Verhandlungen wegen der neuen Postdampferlinie nach Ostafrika mit den Commissarien der Reichsämter begonnen. Sie nehmen einen so günstigen Verlauf, daß die Hoffnung berechtigt ist, daß schon in nicht zu ferner Zeit die ersten vorläufigen Fahrten ausgeführt werden können.

* Wie sich die Majoritäten im neuen Reichstag den verschiedenen politischen Fragen gegenüber zusammenfinden und gestalten werden, mag heute noch in mancher Hinsicht zweifelhaft sein: Eine Majorität aber steht entschieden fest, das ist die schutzzöllnerische, insbesondere diejenige, die an den landwirthschaftlichen Zöllen nicht rütteln lassen wird. Nicht mehr als etwa ein Viertel des neuen Reichstags, Deutschfreisinnige und Socialdemokraten, werden einer Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle im gegenwärtigen Augenblick geneigt sein, und es ist sehr zweifelhaft, ob auch nur ein Antrag in dieser Richtung gestellt werden wird. In der Kerntruppe des siegreichen „Anticartells", im Centrum, herrschen vielmehr ganz die entgegengesetzten Bestrebungen. Nachdem der Kampf gegen die Lebensmittelvertheuerung durch die Zölle von deutschfreisinniger und socialdemokratischer Seite in den Mittelpunct der ganzen Wahlagitation gerückt worden, ist der Erfolg nach dieser Richtung augenscheinlich ein sehr kläglicher geblieben. Es zeigt sich hier wieder handgreiflich, wie wenig die deutschfreisinnige Partei trotz ihres „Aufschwungs" für die ihr am meisten am Herzen liegenden Bestrebungen gewonnen hat und wie wenig sie in der Lage ist, auch nur im allerbescheidensten Umfang die Versprechungen einzulösen, die sie während des Wahlkampfes in so freigebiger Weise ausgestreut hat. Auch sonst dämmert es in der fortschrittlichen Presse allmählich auf, daß das Wort „Es will Frühling werden in Deutschland" seit der Beseitigung der Stellung des Herrn Windthorst durch deutschfreisinnige Hilfe seiner Erfüllung keineswegs näher gekommen ist.

* Bei der Reichstags-Nachwahl im 1. Berliner Wahlkreise wurde Dr. Alexander Meyer (dfs.) mit 5752 St. gewählt.

* Mit Beginn der Specialdebatte hat die Berathung des bayerischen Cultusetats in ruhigere Bahnen eingelenkt. Vereinzelte Blitze zucken zwar hin und wieder noch immer auf und es ist bezeichnend, daß dieses Aufzucken von jener Seite herkommt, wo der intransigente und stets schlagfertige Führer der Centrumsfraction Dr. Orterer seinen Platz hat, ein Beweis, daß derselbe mit der gegenwärtigen Lösung der Dinge keineswegs befriedigt erscheint. Diese Auffassung hat sich auch bereits als vollkommen richtig erwiesen, denn schon beginnt der Centrumsführer in der Specialdebatte sich wieder in Opposition zu stellen und den Standpunct und die Forderungen des Centrums in so scharfer Weise zu vertreten, daß man in die Dauer des mühsam wiederhergestellten Friedens und in die Aufrichtigkeit desselben berechtigten Zweifel setzen darf. Der Regierung wird sich denn auch bereits die Gewißheit aufgedrängt haben, daß die Opferung der Altkatholiken ihrerseits und all das Entgegenkommen die Begehrlichkeit der Centrumsfraction nicht befriedigt, sondern gesteigert haben, daß dieselbe weitere Concessionen verlangt und im Hintergrunde noch immer als drohendes Gespenst die Forderung des Rücktrittes des Ministers v. Lutz steht. Die Centrumspresse äußert sich hierüber auch bereits mit größtmöglicher Deutlichkeit, wird aber über den frommen Wunsch nicht hinauskommen. Minister v. Lutz hat sich von seiner allerdings schweren Krankheit so weit erholt, daß er gegenwärtig schon früh 8 Uhr an der Arbeit sitzt und demnächst sein Portefeuille wieder vollständig übernehmen wird. Daß v. Lutz an keinen Rücktritt denkt, haben in eclatantester Weise die ministeriellen Erlasse in der Altkatholikenfrage bewiesen. Minister v. Lutz würde in dieser von einer Auffassung, die er 20 Jahre als die richtige ins Praktische übergeführt hat, nicht zurücktreten sein und dadurch einen gewissen Irrthum seinerseits zugegeben haben, er würde vielmehr damit, wenn er seinen Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten oder dem Umstande ventilirt hätte, daß er sich nicht mehr vom Vertrauen der Krone getragen weiß, die beste Veranlassung für die Motivirung seines Rücktrittes gehabt haben, zu erklären, er lasse das, was für ihn zwanzig Jahre lang zu Recht bestanden, nicht auf einmal als Unrecht ansehen. So aber liegen die Dinge eben anders. Herr v. Lutz erhält sich zusehends und weiß sich vom vollsten Vertrauen der Krone getragen. Darum wird die Bemühung der Centrumsfraction, den Ministerpräsidenten zum Gehen zu bewegen, eine vergebliche sein, sie wird aber der Regierung immer mehr die Augen öffnen, mit wem sie es zu thun hat, und dieselbe zum energischen Einhalten ihres Standpunctes veranlassen. Dann wird auch für die Centrumsfraction die Zeit kommen, in der sie einsieht, daß sie mit ihren unberechtigten Forderungen und ihren unmaßgeblichen etw. Rücksichten zu ihrem Schaden zu weit gegangen ist.

* An dem durch den Bundesrath genehmigten Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Landeshaushaltsetats von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1890/91, hatte der reichsländische Landesausschuß einige Aenderungen vorgenommen. Dieselben sind nunmehr dem Bundesrathe zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Danach würde der Etat von Elsaß-Lothringen für 1890/91 nunmehr in Ausgabe und Einnahme mit 46 936 287 ℳ balanciren.

* * *

* Anläßlich der Erklärungen des dänischen Kriegsministers und Marineministers über die Beschäftigung von politisch thätigen, socialistischen Arbeitern in Staatswerkstätten, welch letztere den ersteren verschlossen bleiben sollen, brachte Graf Holstein-Ledreborg im Folkething eine motivirte Tagesordnung ein, in welcher es gemißbilligt wird, daß der Staat als Arbeitgeber einen Druck auf die politische Ueberzeugung der Arbeiter ausübe. Diese Tagesordnung wurde am Montag mit 61 gegen 19 Stimmen angenommen.

* Auch in diesem Jahre haben drei Mitglieder des Finanzausschusses des norwegischen Storthings den Antrag gestellt, die Apanage des Königs um 80 000 Kr. herabzusetzen. In der letzten Staatsrathssitzung wurde über die dem Storthing zu machenden Eisenbahnvorlagen Beschluß gefaßt. Da die Erhebungen noch nicht genügend vorgeschritten sind, will die Regierung von einem vollständigen Bauplan noch absehen und einstweilen den Bau der drei Linien Lillehammer-Sell, Kongsbinger-Flisen und Christianssand-Byglandsfjord mit einem Capital von 11 Millionen Kronen beantragen.

* Abgesehen von den kleinlichen Rergeleien mit den Rajas beschäftigt man sich in den türkischen Ministerien sehr ernst mit den Maßregeln zur Küstenvertheidigung. Die neu angelegten Batterien bei Therapia und oberhalb Rumilikawak am Bosporus würden nicht genügen zum Schutze der Hauptstadt; es handelt sich jetzt darum, die Küsten des Schwarzen Meeres von der Einmündung des Bosporus bis nach Midia hinauf vor einer eventuellen Landung zu sichern. Die Bucht von Dereos war schon während der römischen und byzantinischen Zeiten von gothischen und normannischen Flotten zur Landung benutzt worden und bietet heute den kleineren Kriegsschiffen wieder einen bequemen Punct. Ueberdies befinden sich hier die Wasserwerke, welche die Hauptstadt mit Trinkwasser versorgen. Eine Militärcommission ist ernannt, um die ganze Küste zu explaniren, um an geeigneten Puncten Batterien ꝛc. zu errichten. Die Häfen von Sinope und Amasra sollen ebenfalls in besseren Vertheidigungszustand gesetzt werden und eine Straße vom Bosporus bis an beide Puncte gebaut werden. Letztere war schon im vergangenen Jahre beschlossen, aber kleine Conflicte zwischen dem Seraskerat und dem Bauenministerium hatten die Ausführung bis jetzt verhindert.

* Infolge eines Protestes des Bischofs und der Consuln in Canea wurde der Gendarmerie-Chef des Bezirkes Jaro wegen gesetzwidriger Verhaftung eines Priesters der orthodoxen Kirche verhaftet, ebenso zwei muselmanische Angeber des Priesters. Schakir Pascha ordnete eine Untersuchung an. Zwischen Schakir und dem Kriegsgerichte sollen ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bestehen. Trotz des Wunsches der Pforte, den Flüchtlingen die Rückkehr zu erleichtern, verurtheilte das Kriegsgericht drei Flüchtlinge, welche sich bereits hier, und 7 Flüchtlinge, welche sich noch in Athen befinden, zu Gefängnißstrafen. Da das Kriegsgericht sich weigerte, dieses Urtheil zurückzunehmen, telegraphirte Schakir Pascha nach Konstantinopel und suchte bei der Pforte die Annullirung des Urtheils nach.

SLUB
Wir führen Wissen.